Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

... des französischen Bischofs Puginier in Tonkin meldet, daß ein Priester, 22 Katecheten und 216 Christen umgebracht worden sind. Der Bischof verlangte Hilfe.

Charkow. Im hiesigen Moskauer Kaufhofe ist Feuer ausgebrochen. Bisher sind sechs Manufacturlager abgebrannt. Alle Uebrigen sind unrettbar. Der Schaden ist enorm.

Paris, 11. Febr. Boulevard. 3% Rente 76,80. Anleihe 106,40. Italiener 92,05. Türken 8,67. Türkenloose 42,00. Spanier 59,11. Egypter 311,00. Ottomanen 672,00. Fest.

Fernsprech-Stellen
Nr. 11 (Altst.) u. 582 (Neust.)

Inserate werden Marienstr. 13 bis Nachm. 3 Uhr angenommen. Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: Große Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis Nachm. 3 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) kostet 15 Pfg. Unter Eingesandt die Zeile 30 Pfg. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Insertions-Aufträge werden nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme angenommen. — Acht Silben kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfg.

Erste und grösste
Masken- u. Theatergarderobe,
Dominos in vorzüglicher Auswahl für Herren u. Damen
E. Preusser's Nachf., **Max Jacobi,**
2 Galeriestrasse 2, part. und I. Etage.
Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.

Das Maskengarderobe-Magazin I. Ranges
von
Frau Mathilde Klemich, Seestraße 2, 2. Et.,
empfiehlt ihr grosses Lager **historischer** u. **Phantasie-Costüme** für **Herren** und **Damen.**
Bestellung nach Maass. Ausführung nach auswärts prompt.
Musterbücher jeden Genres. Preiscourante gratis.

Hochfeine
Masken-Garderobe
für Herren und Damen in grösster Auswahl bei anerkannter Accuratesse empfiehlt
Frau Bertha Streng,
grosse Brüdergasse Nr. 3
Pünktliche Besorgung nach auswärts.

Fabrik-Etablissement einfacher u. eleganter Kinder-Garderobe von Alexander Philipsohn, Waisenhausstraße 7, Halb-Etage.
Wegen bevorstehender Verlegung des Geschäftslokals nach **Pragerstrasse 6, part.** werden sämmtliche Gegenstände des Lagers zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft.
Für **Knaben** bis 16 Jahre: **Buckskin-Anzüge** von 5 Mark an, **Ueberzieher** etc.
Für **Mädchen** bis 16 Jahre: **Kleider** von 4 Mark an, **Mäntel, Jaquets** etc.

Nr. 43. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 12. Februar: Mäßiger Südwestwind, ziemlich heiter, keine oder geringe Niederschl., Temp. etwas kälter. | Dresden, 1884. **Dienstag, 12. Februar.**

Nacht-Telegramm am Kopfe

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Weltgeschichtliche Persönlichkeiten rufen bereits bei Lebzeiten eine ihr Wirken nach den verschiedensten Seiten beleuchtende Literatur hervor. Fürst Bismarck konnte am wenigsten dem Schicksal, Held einer ganzen Reihe von Büchern zu werden, entgehen. Abgesehen von einzelnen Lebensbeschreibungen, die kein anderes Ziel verfolgen, als die Vergötterung, bringt fast jede Buchhändlermesse einen neuen Beitrag zur Kenntniß der machtvollen Persönlichkeit, die sich vom simplen Deichhauptmann zum Lenker Europas emporgeschwungen hat. Der abwechselungsvolle Lebenslauf wie die originelle Veranlagung des Geistes und Charakters Bismarck's bieten dem Biographen eine unerschöpfliche Fundgrube interessanter Mittheilungen. Bald sind es Stöße seiner eigenen Briefe, bald Bündel von diplomatischen Aktenstücken, bald Bände von gesammelten Parlamentsreden, welche die Phasen seiner Entwickelung und die Stadien seiner Wirksamkeit in den verschiedenen Zeitepochen und auf wechselnden Schauplätzen dem Publikum vorführen. Für gewöhnlich gestattet die Masse der Tagesneuigkeiten unserem Blatte nicht, auch nur in Auszügen auf das hinter uns Liegende zurückzukommen. Heute sei es erlaubt, eine Ausnahme zu machen, weil sie eine bisher völlig unbekannte Thatsache von höchstem Interesse aus der Vergangenheit ausgräbt. In einem demnächst erscheinenden Werke über Bismarck erzählt Moritz Busch ein höchst lehrreiches Kapitel über die Vorgeschichte des Krieges von 1866 also:

„Kurz bevor die ersten Schüsse fielen (es muß etwa 14 Tage vor Ausbruch des Krieges gewesen sein), schickte Bismarck einen Sachsen, den damals in Berlin lebenden Bruder des österreichischen Generals v. Gablenz, nach Wien zum Kaiser mit Vorschlägen zum Frieden auf Grund des Dualismus und gemeinschaftlicher Wendung gegen Frankreich. Er ließ ihm vorstellen, wir (d. h. Preußen) hätten 600—700,000 Mann auf den Beinen, sie auch eine Menge Leute. Da sollten wir uns lieber vertragen und eine Schwenkung, eine große Frontveränderung vornehmen, nach Westen, beide zusammen, wir im Norden, sie im Süden, gegen Frankreich und das Elsaß wieder nehmen, Straßburg zur Bundesfestung machen. Frankreich wäre jetzt schwach gegen uns. Es würde kein gerechter Grund zum Kriege mit den Franzosen vorhanden sein; aber wir könnten uns damit entschuldigen vor uns, daß es auch kein gerechtes Verfahren gewesen sei, als Frankreich uns das Elsaß und Mitten im Frieden Straßburg genommen hätte. Wenn wir den Deutschen dies als Morgengabe brächten, so würden sie sich unseren Dualismus gefallen lassen. Sie (die Oesterreicher) sollten im Süden gebieten, über das 7. und 8. Armee-Corps verfügen, wir über das 9. und 10. Bundesfeldherr sein. Der Dualismus ist uralt in Deutschland, Ingävonen und Istävonen, Welfen und Ghibellinen, Hochdeutsche und Plattdeutsche. (Ich erlaube mir einzuschalten: „Unten keltischer Beisatz, oben slavischer".) Nun denn, Gablenz kam mit seinem Auftrage vor den Kaiser, welcher der Sache nicht ungeneigt schien, aber erst den Minister des Auswärtigen, Mensdorff, hören zu müssen erklärte. Der war nicht für solche Gedanken geschaffen, aber der Sache auch nicht gerade entgegen; er meinte, er müsse mit den anderen Ministern reden. Die waren aber für den Krieg gegen uns. Der Finanzminister sagte — er dachte, sie würden uns schlagen — erst müßte er 500 Millionen Kriegscontribution haben von uns ... Der Kriegsminister war mit Bismarck's Gedanken eigentlich nicht unzufrieden; erst müsse aber gerauft werden, meinte er, dann könnten wir uns mit einander vertragen und zusammen gegen die Franzosen losgehen. So kam denn Gablenz unverrichteter Sache zurück und einige Tage nachher reisten der König Wilhelm und sein Minister auf den böhmischen Kriegsschauplatz ab. Es war Schade, die alte Einheit oder vielmehr Uneinigkeit, der Frankfurter Bund, wäre aufgelöst worden, aber es wäre nach Außen hin keine Zerreißung gewesen. Der Nordbund und der Südbund sollten gegen das Ausland in ein enges Bündniß treten mit gegenseitiger Garantie ihres Besitzes an Gebiet".

Beruhen diese Mittheilungen auf Wahrheit (und hieran ist bei den engen Beziehungen Bismarcks zu seinem vertrauten Biographen Busch kein Zweifel), so stellen sie der Genialität, dem Weitblick, dem Patriotismus, wie der Zähigkeit des Fürsten Bismarck in der Verfolgung seiner Ziele ein glänzendes Zeugniß aus. Wir enthalten uns einer tiefergehenden Betrachtung. Nur dem schmerzlichen Bedauern sei Ausdruck verliehen, daß man damals in Oesterreich nicht Einsicht genug besaß, auf den staatsmännischen Vorschlag Bismarcks einzugehen. Welche Opfer an Gut und Blut, welche Feindschaft und Erbitterung zwischen den deutschen Stämmen wäre unserem Gesammtvaterlande, wie unserer engeren Heimath erspart geblieben! Wie ganz anders wäre z. B. heutigentags die Lage unserer deutschen Brüder in Oesterreich, die, losgetrennt von Deutschland, sich heute allen Unbilden der Slaven preisgegeben finden! Es ist eine schmerzliche Gedankenfolge, die sich aufdrängt, wie es hätte anders kommen können, wenn man sich damals in Oesterreich auf der Höhe der Situation befunden hätte und wir verzichten darauf, verharschte Narben aufzureißen.

Jedenfalls ist die durch die kurzsichtige Wiener Politik von 1866 bewirkte Trennung Oesterreichs von Deutschland ein Ereigniß, das sich ununterbrochen auch auf wirthschaftlichen Gebieten fühlbar macht. Beide auf einander so angewiesene Reiche verfolgen in wirthschaftlichen Fragen ihre Interessen, als gingen sie den Nachbar gar nichts an. So betreibt man jetzt in Oesterreich die Herstellung eines Donau-Elbekanals. Derselbe soll von der Donau bei Korneuburg nach der Moldau bei Budweis geführt werden. Im Gebiete der Moldauquellen will man ein riesiges Wasserreservoir anlegen, das bei niedrigem Wasserstande der Donau die Kanalstrecke Budweis-Wien speisen und füllen soll. Von Budweis will man die Moldau aufwärts bis Melnik so reguliren, daß der Fluß als Kanalweg dient. Dieser Riesenbau wird 78 Mill. Gulden kosten. Der Anlage von Wasserstraßen bringt die Gegenwart im Allgemeinen nur volle Sympathien entgegen. Jede Erleichterung im Güteraustausch zwischen zwei Staaten kommt beiden Theilen zu Gute. Selbst wenn unsere sächsischen Staatseisenbahnen künftig einige Einbuße erlitten dadurch, daß ihnen die Frachten aus Oesterreich, Ungarn und den südlichen Donauländern noch mehr entgingen, so wollen wir nicht blind sein gegen die Vortheile, welche die billigere Verfrachtung unserer Industrieprodukte auf dem Wasserwege nach dem Oriente in Aussicht stellt. Was aber gründliche Untersuchung erfordert, ist die projektirte Anlage eines Sammelbassins im Quellengebiete der Moldau. Leicht kann durch Zuweisung der für die Elbe von der Natur bestimmten Wasserläufe an die Donau eine empfindliche Störung der Schiffahrt auf der Elbe eintreten. In trockenen Sommern würde sich, wenn man der Elbe künstlich entzieht, was ihr die Natur zugedacht hat, kaum mehr die genügende Fahrtiefe ergeben. Unter allen Umständen ist es Sache des deutschen Botschafters und des sächsischen Gesandten in Wien, auf die Angelegenheit ein wachsames Auge zu richten. Dem einfachsten Müller gestattet man nicht, den unterhalb gelegenen Mühlen das Wasser abzugraben. Genau so liegt der Fall bei diesen vergrößerten Verhältnissen.

Heute beginnen im englischen Parlamente die Verhandlungen über das Mißtrauensvotum der Konservativen gegen Gladstone's egyptische Politik. Bis tief in die Reihen der Liberalen erstreckt sich der Unwille über sein schwankendes und doppelzüngiges Verhalten. Bereits schlägt die „Times", diese prompteste Stimmgabel der öffentlichen Meinung Großbritanniens, die schärfsten Töne an. Sie hat sich von dem liberalen Kabinet, dem sie bisher Sprachrohr war, abgewendet, ein deutliches Anzeichen des Umschlags der Ansichten der großen Mehrheit der Bürger Englands. Es giebt überhaupt kaum noch einen Unterschied zwischen der Whig- und Toriepresse bezüglich der Be- und Verurtheilung des Auftretens Gladstone's in Egypten. Er hat sein Reich in ein Abenteuer gestürzt, aus dem es ohne starke Einbuße an Gut und Geld, an Macht, Ansehen und Ehre nicht herauskommen kann. Schon zählt man die Stimmen der Liberalen, die von ihrem Chef abfallen und die Konservativen bei ihrem Mißtrauensvotum gegen Gladstone verstärken wollen. Der Tadel seines Verhaltens ist nur abzuhalten, wenn sich die Brigade der Irländer auf seine Seite schlägt. Aber die Hilfe gerade von dieser Seite ist für Gladstone eine Gefahr. Die ehrenhaften Liberalen schämen sich der Unterstützung solcher Bundesgenossen, wie der Anhänger Parnell's. Frohlockt doch dessen Journal „United Ireland" über die schimpfliche Niederlage Baker Paschas also: „Heil und Sieg dem Mahdi! Möge Gordon dasselbe Schicksal erreichen wie Bakers englische Offiziere, welche am Montag fielen! Möge der Mahdi bald vor Kairo siegreich erscheinen und alle englischen Hunde im Rothen Meere ersaufen". Sich mit Hilfe und durch die Gnade solcher „Freunde" am Ruder zu halten, wäre der Gipfel der Schande. Wenn nun gar noch eine Trauerkunde über das Schicksal Gordon's, dessen abenteuerlicher Wüstenritt zweifeln läßt, ob man im 19. oder noch im 9. Jahrhundert lebt, in England einträfe, so würde die verschlagendste Beredtsamkeit Gladstone's für zu leicht befunden werden, den Sturz dieses einstigen Abgottes Englands zu verhindern.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 11. Febr.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus setzte die Berathung des Extraordinariums des Kultusetats fort. Zur Vermehrung der Sammlungen der Berliner Museen sind 2 Millionen als außerordentlicher Zuschuß eingestellt. Dr. Reichensperger-Köln bekämpfte diese Forderung. Dadurch würde die Idealität zerstört. Wo anders unterstützten reiche Leute die Museen, in Berlin, wo die wohlhabendsten Leute wohnten, nicht; das käme aber blos daher, weil der Staat so große Summen hergäbe; da hielten es Privatleute für überflüssig, etwas zu thun. Auch Windthorst erklärte wiederholt, daß er, so lange die Bevölkerung noch hungere, für solche Ausgaben nicht stimmen könne; auch müßte verhindert werden, daß Berlin nicht der Wasserkopf des Landes werde. Die Berliner Kommune thue nichts, während Staatsbauten entstanden seien, zu denen das Geld aus den Provinzen geflossen wäre. In gleichem Sinne sprach Bachem. Der Minister v. Goßler erklärte, daß die Kunstanstalten gerade in Preußen mehr decentralisirt seien als anderwärts. Goldschmidt legte besonderes Gewicht auf die kurzen Sammlungen für das Kunstgewerbe, v. Uechtritz befürwortete die Bewilligung mit Bezugnahme auf die veredelnde Wirkung der Kunst auf den Volksgeist. Hänel erinnerte Windthorst an das Beispiel der kunstliebenden Päpste, die das Scherflein der armen Weber zu idealen Zwecken entgegennahmen.

Berlin. Aus Petersburg wird der „Nationalzeitung" geschrieben: Auf dem gestrigen Hofball, der bei sehr zahlreicher Gesellschaft einen glänzenden Verlauf nahm, war viel von bevorstehenden Veränderungen in unserer Diplomatenwelt die Rede. Fürst Orlow, sagt man, geht demnächst nach Berlin, von seinem Vorgänger, Herrn v. Saburow, behaupten die Einen, er werde auf einen anderen diplomatischen Posten versetzt werden, die Anderen, er solle in der Civilrüstkammer des Reichsraths Verwendung finden. Auch von dem Gehilfen des Ministers des Aeußern wurde gesagt, er gedenke nächstens sein Amt als zu beschwerlich zu quittiren. — Im Laufe der Woche beginnen die Ausschußberathungen des Bundesrathes über die Aktienrechtsnovelle. Unmittelbar darauf, wenn nicht gleichzeitig, beginnen die Ausschuß-Berathungen über das Unfallversicherungsgesetz.

Berlin. Aus Rom liegt eine authentische Mittheilung vor, daß Kardinal Hohenlohe, seinem Wunsche gemäß, vom Bisthum Albano enthoben worden. — Der fünfte Bericht der deutschen Cholera-Kommission aus Kalkutta besagt, daß mikroskopische Untersuchungen in den vorliegenden Fällen das Vorhandensein derselben Bacillen im Choleradarm bestätigten, wie sie in Egypten gefunden wurden. Die weiteren bisherigen Untersuchungen ergaben, daß diese Bacillen ausschließlich im Darm von Cholerakranken vorkommen.

Kairo. Die Nachricht von der Ankunft General Gordon's in Berber erweist sich als verfrüht. Der Irrthum ist durch den Umstand herbeigeführt, daß eine aus Berber datirte Depesche General Gordon's hier eintraf, welche durch beschleunigte Kameele nach Berber vorangeschickt worden war. Nach der fraglichen Depesche ist General Gordon's Ankunft in Berber nicht vor dem 12. d. M. zu erwarten. Die letzten Nachrichten besagen, General Gordon sei ganz wohl dort angekommen. — Die egyptische Regierung hat den Contre-Admiral Hewett nunmehr zum Kommandanten von Suakim ernannt. Gerüchtweise verlautet, es sei gelungen, Sinkat mit einem Proviantransport zu versehen.

Berliner Börse. Obgleich günstige Momente vorlagen, wie die der Hamburger Bahn gemachte Verstaatlichungsofferte, der gute Abschluß der Berliner Handelsgesellschaft, die Erwartung eines guten Erfolges der französischen Rentenemission, endlich das angebliche Bevorstehen der Convertirung der ungarischen Goldrente, herrschte doch von Anfang an große Reserve, welche mit der Meldung eines Aufstandes auf Kreta motivirt wurde. Spekulative Banken setzten fest ein, ermatteten aber bald. Von Kassabanken waren Berliner Handelsgesellschaft belebt und steigend, auch Leipziger Kredit hatten guten Verkehr. Oesterreichische Bahnen ermatteten gleichfalls nach festem Beginnen, österreichische Prioritäten bewahrten gute Festigkeit. Von deutschen Bahnen zogen Mecklenburger an, Lübeck-Büchener und Hamburger waren gut gefragt. Bergwerke und Hüttenwerke erholten sich, auch Industrien wurden durchschnittlich höher. Deutsche Fonds waren ruhig und fest. Ungarische Goldrente ziemlich belebt.

Frankfurt a. M., 11. Februar. Credit 268¼. Staatsbahn 265¾. Lombarden 120¾. 60er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 250½. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente 85⅝. 77er Russen —. 80er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierrente —. Disconto —. Egypter 68. Gotthardbahn 101,87. Matinée —. Ruhig.

Wien, 11. Februar. Credit 308,50. Staatsb. 314,50. Lombarden 142,84. Nordwestb. 183,50. Marknoten 59,25. Ung. Credit 309,25. Geschäftslos.

Paris, 11. Februar. (Schluß.) Rente 76,72. Anleihe 106,25. Italiener 91,90. Staatsbahn 656,25. Lombarden 313,75. do. Prioritäten 290. Egypter 341. Oesterr. Goldrente 86. Schwach.

London, 11. Februar. Getreide unverändert, träge.

Lokales und Sächsisches.

— Die Schlußberathung über das neue Berggesetz behufs Regelung des Knappschaftskrankenkassenwesens bildete den Schwerpunkt der gestrigen Sitzung der 2. Kammer. Bevor die Kammer zur Tagesordnung übergeht, theilt Präsident Dr. Haberkorn mit, daß die Direktorien beider Kammern Audienzen bei Sr. Majestät dem König und Sr. Kgl. Hoheit Prinz Georg gehabt haben, um Seitens der Kammern ihr tiefstes Beileid für den schweren Verlust, der das Königliche Haus betroffen, auszusprechen. Das Dekret über den Bau einer Bahn von Schönberg nach Schleiz wird an die Finanzdeputation überwiesen, nachdem sich die Abgg. Dr. Georgi, Opitz, Zeidler, Walter und Kirbach befürwortend für das Projekt ausgesprochen und der Abg. May sein Bedenken über die Höhe des an die reußische Regierung zu gewährenden Zinsbetrages geäußert. Die Kammer geht hierauf zum Berggesetze über. Ref. Vicepräsident Streit berichtet zunächst im Allgemeinen über den jetzigen Stand des Knappschaftskrankenkassenwesens und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß die Bergarbeiter den wesentlichen Fortschritt in der Entwickelung des Knappschaftskrankenkassenwesens, wie ihn das neue Berggesetz enthält, anerkennen werden, und daß dadurch der soziale Frieden zwischen diesen und ihren Arbeitgebern wesentlich gefördert werden wird. Er berichtet sodann über die von der Deputation vorgeschlagenen Abänderungen und Zusätze, die im Wesentlichen dahin gehen, dieses Gesetz in größere Harmonie mit dem Reichskrankenkassengesetz zu bringen. Abgeordneter Liebknecht konstatirt, daß er gegenüber dem vorliegenden Gesetzentwurf auf dem Standpunkt des Reichskrankenkassengesetzes stehe. Den Deputationssitzungen hätten die sozial-demokratischen Abgeordneten nicht beigewohnt, weil sie nicht die Rechte der Deputationsmitglieder getheilt hätten und sich demnach nicht als Abgeordnete 2. Klasse hätten geriren wollen. Er verwahrt sich ferner gegen den Vorwurf, als wenn von sozialdemokratischer Seite Einfluß auf die an die Kammer betreffs des Berggesetzes eingelaufenen Petitionen ausgeübt worden sei. Wenn eine Anzahl der Petenten ihre Unterschriften nachträglich dementirt hätten, so sei dies ein Beweis, daß die Bergarbeiter von ihren Arbeitgebern eingeschüchtert worden wären. Es seien sogar mehrere Mitunterzeichner der Petition von ihren Arbeitgebern deshalb gemaßregelt worden. Redner empfiehlt sodann die freien Hilfskassen gegenüber den Knappschaftskassen als bewährte Institute. Als solche hätten sie sich besonders in England gezeigt. Die gefürchtete Konkurrenz zwischen den Knappschaftskassen und den freien Hilfskassen könne nur in der günstigsten Weise wirken. Er stellt demnach den Antrag, dem 1. Paragraphen, welcher von den zum Eintritt in die Knappschaftskrankenkassen verpflichteten Personen handelt, hinzuzufügen: „Soweit dieselben nicht Mitglieder einer eingeschriebenen Hilfskasse sind." Abg. Ackermann hält es für gefährlich, diesen Antrag weiter zu verfolgen, da man sonst das ganze Wesen der beabsichtigten Institution verkenne. Correferent Niethammer: In der Deputation sei der Gedanke angeregt worden, sämmtliche Pensionskassen in eine einzige zu vereinigen, man habe aber den Gedanken fallen lassen, nachdem die Regierung darauf hingewiesen, daß eine derartige Umgestaltung innerhalb der nächsten 10 Jahre nicht durchzuführen sein werde. Er verliest sodann einen Artikel, aus dem hervorgeht, daß die englischen Hilfskassen durchaus nicht Das leisten, was wir von unseren Kassen erwarten. Ref. Streit ist in der Lage, nach offiziell angestellten Erhebungen erklären zu können, daß Maßregelungen von Petenten, wie der Abg. Liebknecht behauptet, absolut nicht stattgefunden haben. Kommissar Geh. Reg.-Rath Bodel erklärt, daß die Regierung auf das Urtheil der Deputation mehr Gewicht lege, als auf die subjektiv gefärbte Kritik des Abg. Liebknecht, und wendet sich sodann gegen den Antrag dieses Abgeordneten, indem er die Vortheile der Knappschaftskassen gegenüber denen der freien Hilfskassen hervorhebt. Der Hauptvorzug der ersteren liege darin, daß durch sie das Band zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, welches man jetzt vielfach zu lockern bestrebt sei, immer mehr befestigt werde. Abg. Opitz: Der vom Abg. Liebknecht angeregte Gedanke einer Staatsbeihilfe für die Krankenkassen bedürfe allerdings einer gewissen Berücksichtigung. Ferner liege es im Interesse der Arbeitnehmer selbst, daß den Arbeitgebern ein Einfluß auf die Verwaltung der Kassen eingeräumt werde. Der Abgeordnete Liebknecht konstatirt zunächst, daß er von Staatsbeihilfe heute überhaupt nicht gesprochen habe. Das Band zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, von welchem der Regierungskommissar gesprochen, sei vielfach zu einer Kette geworden, welche um den Hals der Arbeiter gelegt sei. (Widerspruch.) Redner tritt sodann lebhaft für die freien Hilfskassen ein. Die Arbeiter wüßten recht gut was ihnen fromme, deshalb wären sie auch einstimmig für die freien Hilfskassen. Die Fabrikkassen ständen bei den Arbeitern in dem allerschlechtesten Rufe, weil die Arbeitgeber sich für den von ihnen geleisteten Zuschuß einen zu großen Einfluß auf die Verwaltung der Kassen anmaßten. Nach Ansicht der Arbeiter werde dieser Zuschuß ihnen überdies noch vom Arbeitslohne abgezogen. Nach dem Schlußwort des Referenten wird der Antrag Liebknecht gegen 6 Stimmen abgelehnt. In der folgenden Spezialdebatte stellen und begründen die Sozialdemokraten zu vielen Paragraphen Anträge, die jedoch nicht die nöthige Unterstützung in der Kammer finden. So zunächst bei § 9a, welcher über die Leistungen der Knappschafts-Krankenkassen handelt, glaubt Abg. Bebel, daß die Deputation nicht weit genug in der Gestattung von Leistungen gegangen sei. Abg. Bebel hält bei § 18b die Maximalleistung von 3½ Procent des täglichen Tagelohnes an die Krankenkassen für zu hoch bemessen. Sein Antrag, diesen Beitrag auf 2 Proc. zu fixiren, wird nicht genügend unterstützt. In der Fassung des § 24, der von vorsätzlicher Zuziehung von Krankheiten, z. B. in Folge von Theilnahme an

SLUB
Wir führen Wissen.